



Antrag

der Fraktionen von **CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP** und der **Abgeordneten des SSW**

Für Demokratie – Gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Terror

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, als Repräsentantinnen und Repräsentanten einer wehrhaften Demokratie werden wir uns mit allen uns zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus entgegenstellen. Der Landtag erklärt sich mit den Menschen, die rassistischen, rechtsradikalen und sogar rechtsterroristischen Angriffen ausgesetzt sind, solidarisch. Unsere Gedanken und unsere Anteilnahme gelten den Opfern und Angehörigen des rassistischen Terroranschlages von Hanau. Dieser Anschlag, aber auch die Attentate auf die Synagoge in Halle, die Mordserie des NSU oder die Ermordung des Regierungspräsidenten Walter Lübcke machen nur zu deutlich, dass insbesondere die Opfer rechter Gewalt im Fokus unserer Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus stehen müssen. Es muss gelingen, zunehmenden Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit und Hass frühzeitig zu erkennen, um diesen Gefahren wirksam begegnen zu können.

Der Landtag ruft in Erinnerung, dass die erste deutsche Republik von den Feindinnen und Feinden der Demokratie vernichtet wurde. Der Weg Deutschlands in die nationalsozialistische Terrorherrschaft, an deren Ende Millionen von Toten,

Heimatlosen und ein verwüsteter Kontinent standen, hat seine Wurzeln im Rassismus und der menschenverachtenden Diskriminierung und Bekämpfung aller Andersdenkenden und -lebenden.

Die Mütter und Väter unseres Grundgesetzes hatten das Versagen der Weimarer Republik vor Augen, als sie unsere freiheitlich demokratische Grundordnung schufen. Unsere Verfassung fußt auf der unumstößlichen Erkenntnis, dass die Entmenschlichung von Bevölkerungsgruppen, die rücksichtslose Verfolgung von Minderheiten und politischen Gegnerinnen und Gegnern, aber auch die unterentwickelte Wehrhaftigkeit der Weimarer Republik dem Totalitarismus und einem bis heute beispiellos menschenverachtenden Vernichtungsregime den Weg ebneten.

Die Würde des Menschen ist das unumstößliche Fundament unseres Staatsverständnisses und steht über allem staatlichen Handeln. Sie gilt universell. Dies darf in Deutschland nie wieder in Frage gestellt oder vergessen werden.

Die Anschläge von Hanau und Halle, die Ermordung eines politischen Amtsträgers, das verstärkte Auftreten rechtsterroristischer Netzwerke und das Vordringen von Hass und menschenverachtendem Gedankengut bis in unsere Parlamente hinein, stellen eine Zäsur in der Bundesrepublik Deutschland dar und sind ein nicht zu ignorierendes Alarmzeichen. Die Demokratinnen und Demokraten in unserem Land und zuvorderst die Abgeordneten der demokratischen Parteien stehen in der Pflicht, unsere Werte zu verteidigen und den Auftrag unseres Grundgesetzes zu erfüllen. Es ist die Aufgabe Aller unsere freiheitliche, demokratische und rechtsstaatliche Gesellschaft vor allen extremistischen Gefahren zu schützen, wobei Rechtsextremismus, rechter Terror und Rassismus derzeit die größte Gefahr darstellen.

Aus Sicht des Landtags ist es erforderlich, wirksame Strategien weiter zu entwickeln und auszubauen, um bereits in einem frühen Stadium den Kampf gegen Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus aufnehmen zu können. Wir müssen dem Rassismus in unserer Gesellschaft und den Verschwörungstheorien noch entschiedener entgegentreten und uns für eine offene, tolerante und eine auf gegenseitigen Respekt ausgerichtete Gesellschaft einsetzen.

Der Landtag bekräftigt seine Aussagen aus dem Antrag „Gemeinsam für ein starkes und geschütztes jüdisches Leben in Schleswig-Holstein einsetzen“ vom November 2019 (Drucksache 19/1798(neu)).

Der Landtag begrüßt die zahlreichen Anstrengungen, die die Landesregierung bereits im Kampf gegen Rassismus und Rechtsextremismus unternimmt, wie z.B. die Stärkung der Ausstiegsberatung und das Projekt im Justizministerium zu Menschenrechten und Rassismus.

Der Landtag wolle daher beschließen:

1. Rechtsextremistische und rechtsterroristische Strukturen bekämpfen

Die Bekämpfung von rechtsextremistischen und rechtsterroristischen Strukturen muss mit Priorität entschlossen vorangebracht werden. Die Landesregierung wird daher gebeten, verstärkt die Möglichkeit von Vereinsverboten zu prüfen, um nach dem Vorbild der Verbotsverfahren gegen die sogenannten Rockerclubs in Schleswig-Holstein ab 2010 dem Rechtsextremismus die organisatorischen und finanziellen Grundlagen zu entziehen. Hierbei sollen frühzeitig Strategien zur Vermeidung von Ausweichorganisationen der rechtsextremen Szene geprüft werden. Dem Entstehen von rechtsextremistischen Vereinen ist frühzeitig mit allen Mitteln des Rechtsstaates entgegen zu treten, wie dies z.B. beim sogenannten „Aryan Circle“ in Bad Segeberg geschehen ist. Der Landtag begrüßt in diesem Zusammenhang auch die Deradikalisierungsprojekte in den Justizvollzugsanstalten, wie sie die Landesregierung bereits eingerichtet hat.

Rechtsrockkonzerte, Kampfsportevents und Festivals dienen der rechten Szene bundesweit als wichtige Orte der Vernetzung und als Finanzquelle. Der Landtag bittet die Landesregierung daher zu prüfen, inwieweit privat deklarierte Veranstaltungen Privatveranstaltungen sind oder als Einnahmequelle für die rechte Szene dienen. Einnahmen aus kommerziellen Veranstaltungen müssen versteuert und öffentlich gemacht werden.

2. Bekämpfung rechtsextremistisch motivierter Gewalt

Rechtsextremistisch motivierte Gewalt muss fokussierter bekämpft und der Verfolgungsdruck erhöht werden. Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung im

Bereich der Generalstaatsanwaltschaft die Zentralstelle für Extremismus/Terrorismus Schleswig-Holstein eingerichtet hat. Diese dient auch dazu, die Kommunikation zwischen Staatsanwaltschaften und Polizei unter Einbindung der ministeriellen Ebene zu verbessern. Darüber hinaus begrüßt der Landtag die Einrichtung einer Schwerpunktabteilung Staatsschutz bei der Staatsanwaltschaft Flensburg.

3. Opfer rechtsextrem und rassistisch motivierter Gewalt unterstützen

Opfer von Rechtsextremismus und Rassismus brauchen wirksame Beratungsangebote. Der Landtag begrüßt daher die deutliche Stärkung der Organisationen zur Beratung von Opfern rechter Angriffe sowie die Errichtung der Zentralen Anlaufstelle für Opfer von Straftaten und deren Angehörige durch die Landesregierung.

Die Landesregierung wird gebeten, die öffentlich und privat angebotenen Beratungsangebote zu evaluieren und gegebenenfalls ein Konzept für einen flächendeckenden Zugang zu Opferberatung zu erarbeiten. Dabei sind die Vertretungen der von rechtsextremer Gewalt besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen einzubeziehen.

4. Demokratiebildung fördern

Der Landtag begrüßt die zahlreichen bestehenden Projekte zur Demokratiebildung in Verbindung mit Schulen, wie z.B. das Jahr der politischen Bildung mit seinen zahlreichen Projekten oder die Regionalanalyse Rechtsextremismus. Der Landtag begrüßt weiterhin die verschiedenen Beteiligungsformate für Schülerinnen und Schüler z.B. durch Schülervvertretung oder Jugend im Landtag. Ein gutes Beispiel ist auch das Projekt „Recht.Staat.Bildung“ von Justiz- und Bildungsministerium.

Die Landesregierung wird gebeten zu prüfen, wo sie noch stärker als bisher Demokratiebildungsinhalte an Schulen verankern kann.

Unser Ziel bleibt, dass Schulen gewaltfreie und diskriminierungsfreie Räume werden. Der Landtag begrüßt daher die Datenbank zum Gewaltmonitoring an Schulen und die Einrichtung einer Stelle für Extremismusprävention. Der Landtag begrüßt außerdem, dass die Polizeidirektion Aus- und Fortbildung als erste Polizeischule an dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ teilnimmt.

In den Schulen soll neben der Auseinandersetzung mit totalitärem Denken ein besonderes Augenmerk auf die Vermittlung von Kenntnissen über demokratische Institutionen und die Möglichkeiten und Notwendigkeit der politischen Partizipation gelegt werden.

Der Landtag begrüßt die Umsetzung und Weiterentwicklung des Landesgedenkstättenkonzepts, die Förderung von Fahrten zu Gedenkstätten und das Projekt „Jugend erinnert“.

Die Lehren aus der deutschen Geschichte müssen einen zentralen Platz in der Schulbildung haben. Unser Ziel ist zu vermitteln, wie demokratiefeindlichen und rechtsstaatswidrigen Tendenzen in der Gesellschaft entgegengewirkt werden kann.

Zentral ist eine intensive Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Unrecht, beispielsweise durch die Einbeziehung von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen – auch der zweiten und dritten Generation - oder den Besuch einer Gedenkstätte.

Der Landtag begrüßt, dass Polizeianwärterinnen und –anwärter und Lehrkräfte regelmäßig die Gedenkstätte Yad Vashem besuchen.

Der Landesbeauftragte für politische Bildung wird gebeten zu prüfen, ob ein landesweites Projekt sowie Unterrichtsmaterial zur Aufklärung über Verschwörungsideologien, wie sie bei Rechtsextremen weit verbreitet sind, benötigt werden.

5. Pakt für Demokratie schaffen

Im Rahmen einer Auftaktveranstaltung des Landtagspräsidenten unter Einbindung des Landesbeauftragten für politische Bildung sollen alle relevanten gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure eingeladen und eingebunden werden, Vorschläge und Strategien zu erarbeiten, wie die Demokratie in unserer Gesellschaft gestärkt sowie Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus noch nachhaltiger bekämpft werden können.

Als Ziel soll ein Pakt zur Demokratieförderung geschaffen werden. Dieser soll auch Vereinbarungen dazu enthalten, wie die Demokratieförderung gemeinsam mit den

Kommunen flächendeckend gestärkt werden kann und zivilgesellschaftliche Projekte langfristig abgesichert und vernetzt werden können.

6. Plurale Gesellschaft stärken

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung Projekte fördert, die die Arbeit von migrantischen Selbstorganisationen sichtbar macht und unterstützt, wie z.B. in Zusammenarbeit mit der Türkischen Gemeinde oder dem Kollektiv-afrodeutscher Frauen.

Im Rahmen des Landesaktionsplans gegen Rassismus wird die Landesregierung in Zusammenarbeit mit dem Parlament gebeten zu prüfen, welche weiteren Maßnahmen gegen Rassismus und zur Demokratiebildung ergriffen werden können.

Die Lehren aus den NSU-Morden waren vor allem, das Wissen, die Expertise und die frühen Alarmzeichen aus den betroffenen Communities ernst- und wahrzunehmen. Die Einbeziehung von migrantischen Communities bei der Entwicklung von antirassistischen Konzepten ist notwendig.

7. Kampf gegen Alltagsrassismus

Jeder vierte Mensch in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte. Nicht erst seit Hanau fühlen sich viele von ihnen in Deutschland zunehmend bedroht. Im Alltag erleben sie oftmals Ausgrenzung oder Misstrauen. Die selbstverständliche Zugehörigkeit zur Gesellschaft darf aber nicht in Zweifel gezogen werden. Der Zugang zu öffentlichen Ämtern darf nicht behindert werden.

Wir wollen und können keine diskriminierungsbedingten Aufstiegshindernisse dulden und werden alles tun, solchen Fehlentwicklungen entgegenzutreten.

Unser Ziel ist der gesellschaftliche Konsens gegen jede Form der Ausgrenzung. Die Arbeit der Antidiskriminierungsstelle leistet dafür einen wichtigen Beitrag.

8. Verschärfung des Waffenrechts

Die Landesregierung wird gebeten, ein Konzept zu entwickeln, mit dem der Zugang zu Waffen für Menschen mit besonderem Risikopotential verhindert oder zumindest erheblich erschwert wird.

9. Hass und Hetze im Netz effektiv durch Zivilgesellschaft und Rechtsstaat entgegneten

Rechtsextremismus und Rassismus sind keine Phänomene des Internets, aber sie treten dort oft besonders stark in Erscheinung. Deshalb begrüßt der Landtag die Einrichtung der Schwerpunktabteilung Cybercrime bei der Staatsanwaltschaft Itzehoe sowie die zusätzlichen Stellen beim Verfassungsschutz, die extremistische Bestrebungen im Netz aufspüren sollen. Der Landtag bittet die Landesregierung daher, auch weiterhin strafbare Inhalte in sozialen Medien konsequent strafrechtlich zu verfolgen und sich dafür einzusetzen, dass umgehend eine Löschung durch die Betreibenden erfolgt.

10. Lagebild

Um ein genaues Lagebild für Schleswig-Holstein zu erhalten, wird die Landesregierung gebeten, regelmäßig oder aus besonderem Anlass zu Straftaten mit dem Hintergrund Rechtsextremismus, Rassismus oder Antisemitismus im Ausschuss für Innen und Recht zu berichten.

Tobias von der Heide
und Fraktion

Tobias von Pein
und Fraktion

Aminata Touré
und Fraktion

Jan Marcus Rossa
und Fraktion

Lars Harms
und die Abgeordneten des SSW